

Hans-Uwe Otto

Soziale Arbeit als Profession – Heruntergestuft und eingegrenzt

I.

Die Soziale Arbeit als Profession ist durch immer stärker in das Zentrum der eigenen Aufgaben vorrückende Professionen, wie z.B. Medizin, Recht, Psychologie, und eine sich dadurch abzeichnende kompetenzorientierte Alternative in den sozialen Problemfeldern, erheblich unter Druck geraten. Für die sozialarbeiterische Expertise besteht die Gefahr zunehmend substituiert zu werden. Definition und Wirkweise einer sozialpädagogischen Fallbearbeitung und entsprechende Handlungsoptionen werden immer stärker infrage gestellt und durch die analytische Omnipotenzlogik einer evidenzbasierten Wissenschaft anderer disziplinärer Praktiken ersetzt. Es geht also nicht nur um eine Herunterstufung der Sozialen Arbeit in ihrer professionellen Kompetenz, sondern es geht auch um eine Eingrenzung ihres bisherigen Aktionsradius, der sich im Konkurrenzfeld zukünftiger Arbeitsformen immer stärker auf organisatorische Teilaspekte zurückziehen wird, wie es sich bereits jetzt andeutet. Die Frage des Kinderschutzes ist in seiner diskursiven Entwicklung und in seiner fachpraktischen Umsetzung ein Lehrbeispiel für die heraufziehende neue Zeit. Dass es der Sozialen Arbeit nicht an intellektuellem Potenzial mangelt, belegt die sich seit Jahren intensivierende wissenschaftliche Diskussion, die sich in ihrer publizistischen Aktivität auf einem beträchtlichen Niveau befindet. Man könnte also zu dem Fazit kommen: Soziale Arbeit ist im akademischen Bereich zu einer modernen Disziplin geworden, neigt aber in der professionellen Umsetzung zu einer Selbstverzwergung, indem sie es offensichtlich nicht schafft, den bekannten Konfliktbereich zwischen Theorie und Praxis adäquat zu überbrücken. Die in Diskussionen hierüber sich schnell als Verwerfungen darstellenden unterschiedlichen Standpunkte sind in ihren Grundargumenten seit Jahrzehnten bekannt und führen zu verharrenden Positionen, die für alle Beteiligten einschließlich der Leistungsempfänger_innen folgenreich sind. Dieses Dilemma verschärft sich durch die sozialpolitisch immer stärker eingebundene sozialarbeiterische Praxis, die mittlerweile von neoliberalen Grundprämissen und marktförmigen und manageriellen Organisationsformen geprägt wird. Die Reaktion der

Sozialen Arbeit auf diese Fakten ist erstaunlich passiv. Man lässt geschehen, was geschieht und selbst die berufspolitischen Vertretungen haben offensichtlich nicht genügend Kraft und Substanz, die für diese Entwicklung maßgeblichen politischen Rahmenbedingungen offensiv infrage zu stellen. Soziale Arbeit reduziert sich dann zu einer Normierungsarbeit, die im systemkonformen Anpassungsmodus des gegenwärtigen neo-liberalen „Durchregierens“ den Betroffenen keine neue Perspektive für ihre existenziell und kulturell marginalisierten und vielfach bereits gesellschaftlich ‚abgehängten‘ Lebensformen bietet.

II.

Dass Soziale Arbeit immer stärker dem Druck eines zunehmend formierten, auf Ab- bzw. Ausgrenzung bedachten und in sich tief gespaltenen Gesellschaftssystems ausgesetzt ist, in dem Begriffe wie Solidarität, Chancengleichheit und Gerechtigkeit im Horizont fiskal manipulierender Macht- und normativ ihre elitäre Überheblichkeit demonstrierender Einflussgruppen, deren Ziel in erster Linie der Erhalt der Produktivkräfte ist, eine ganz eigene Bedeutung bekommen, muss im Hinblick auf die neuen sozialen Risiken und damit verbundene Identitäts- und Verteilungsfragen grundsätzlich geklärt werden. Ausgeblendet werden darf nicht die verfestigte und in einzelnen Segmenten sogar weiter wachsende Armutspopulation und die breite Schichten betreffenden entwürdigenden Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten, die nur eine eingeschränkte und oft lediglich minimale Versorgung der eigenen Existenz sicherstellen, Situationen, in denen immer häufiger zivilgesellschaftliche Hilfeleistungen als Ersatz für versagendes staatliches Handeln unverzichtbar werden. Die Folge dieser Entwicklung für die Soziale Arbeit zeigt sich in permanent zunehmenden sozialen Problemen und einer daraus folgenden steigenden Nachfrage der Praxis nach Fachkräften. Wer hätte jemals gedacht, dass im Vergleich mit akademischen Berufen die Soziale Arbeit gegenwärtig die geringste Arbeitslosenquote hat. Wenn BA-Studierende aus ihrem ersten Praktikum bereits mit einer Arbeitsplatzgarantie bzw. sogar einem Arbeitsvertrag zurückkommen, mag das subjektiv eine außerordentlich erfreuliche Tatsache sein, strukturell hingegen ist es ein Hinweis auf einen dringend notwendigen Umkehrschub in der Sozial- und im Bereich

der sozialen Bildungs- und Ausbildungspolitik. Insbesondere die Hochschulen, aber auch die Universitäten werden von einem Nachfrageboom nach Studienplätzen nahezu überschwemmt. Qualität und Quantität, organisiert nach den Bologna-Prinzipien, führen bei dem Ansturm der Studierenden im Lehrbetrieb immer stärker zu routinehaften Lösungen, die die Prämissen einer Sozialen Arbeit als Profession zunehmend verblässen lassen. Hinzu kommt insbesondere für die Hochschulen eine offensichtliche Attraktivität des BA als hinreichender fachlicher Nachweis für eine Allverwendbarkeit im Sozialen, die in dieser Form zudem von Anstellungsträgern intensiv nachgefragt wird. Sie können damit ihre Arbeit hinreichend als fachlich abgesichert und auch in diversen Antragsverfahren für Projekte Auflagen aus dem Fachkräftegebot im SGB VIII als erfüllt nachweisen. Real finden dann oft noch weitere Herunterstufungen der erreichten Ausbildung statt, gravierend im Bereich der Verdienstmöglichkeiten, wenn, was immer wieder vorkommt, sie sich nach einer finanziell abgesenkten Funktionszuweisung richten und eben nicht nach der Angemessenheit einer nachgewiesenen akademischen Ausbildung. Auch die fehlende Tarifbindung der Anstellungsträger schafft insgesamt eine Alleinzuständigkeit als Arbeitgeber, Arbeitnehmer sind in dieser Hinsicht dann prinzipiell rechtlos. Ein berufspolitischer Skandal, der sich drastisch zeigt in der Abwehr einiger Träger, einem speziellen Sozial-Tarif zuzustimmen. Darüber nachzudenken lohnt alle Male. Die mühsam von den Hochschulen erreichte und nun auch von Universitäten diskutierte Aushandlung des Eintritts in den öffentlichen Dienst unter dem Siegel der „staatlichen Anerkennung“ war eine anfangs bewusste Abgrenzung der Hochschulen gegenüber den Universitäten. Es wäre aber ratsamer, statt dieser Problem verkürzenden „Siegelpolitik“ ein Anerkennungsjahr für alle Absolvent_innen der Hochschulen und Universitäten einzuführen, das sich in etwa an entsprechende Praxiserprobungszeiten bei den Psychologen, Juristen und Medizinern orientiert. Das wäre ein entscheidender Schritt nach vorn in der Sicherung von Anerkennung und Kompetenz.

III.

Neue Zeiten wirken aber auch auf die gestufte Ausbildungsform, die gegenwärtig als BA flächendeckend die Praxis prägt. Ein weiterführendes Studium verliert bei dem chancenreichen Arbeitsmarkt für viele BA-Studierende an Attraktivität und wird zudem mit den leistungsorientierten Zugangsprüfungen zum MA als zusätzliche Erschwernis

angesehen. Hier gilt es gegenzusteuern, wenn sich die Professionalität der Sozialen Arbeit nicht nur als akademische Übung darstellt, sondern zu praktischen Möglichkeiten und Konsequenzen führen soll. Eine offizielle studienplatzkontingierende Festlegung beim MA an Studienorten ist ein radikaler politischer Eingriff in ein Professionalisierungsbestreben der Sozialen Arbeit. Dass mittlerweile selbst kontingierte MA-Studienplätze nicht immer ausgeschöpft werden, ist eine Folgeerscheinung der sozial- und fachpolitischen Umsteuerung der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Sozialen Arbeit. Bologna führt zu einer Verfestigung einer BA-Ausbildung, lässt aber auch bislang nur vereinzelt genutzte Spielräume und Entwicklungschancen zu. So kann der zeitliche Ausbildungsrahmen auf vier Jahre erweitert und über systematische Fortbildungsangebote könnte ein anerkannter zweiter Weg bis hin zu einer Magisteräquivalenz angeboten werden. Die dadurch gewonnene Qualität würde sich sowohl im Wissens- als auch Kompetenzbereich der jeweiligen Problemfelder profilierend ausweisen.

Die Frage nach der Professionalisierung und der Professionalität und damit verbunden die Auseinandersetzung über die schleichende, aber nicht nur von außen betriebene "Herunterstufung" und "Eingrenzung" ihres Kompetenzprofils erfordert die Klärung des zukünftigen Selbstverständnisses der Sozialen Arbeit in einer sich radikal verändernden Gesellschaft. Diese Frage muss von allen Protagonist_innen umfassend und reversionsoffen diskutiert und die gängigen Lösungen einer verblässenden Gegenwart zur Disposition gestellt werden. Ein Festhalten an das Gestern führt perspektivisch schnell auf einen Irrweg.

Aus: neue praxis, Heft 1/2018